

# OSTTHÜRINGER Zeitung

## Kania will in Saalfeld Anliegerbeiträge abschaffen

Neuer Saalfelder Bürgermeister zum Kreisvorsitzenden des Städte- und Gemeindebundes Thüringen gewählt

11. Juli 2018 / 02:59 Uhr



*Saalfelds Bürgermeister Steffen Kania (m.) ist zum Vorsitzenden des Kreisverbandes Saalfeld-Rudolstadt im Gemeinde- und Städtebund Thüringen (GStB) gewählt worden. Foto: Guido Berg*

Saalfeld. Saalfelds neuer Bürgermeister Steffen Kania (CDU) ist am gestrigen Dienstag zum neuen Vorsitzenden des Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt im Gemeinde- und Städtebund Thüringen (GStB) gewählt worden. Er folgt auf Matthias Graul (parteilos), vormaliger Rathauschef in Saalfeld, der in den Ruhestand geht.

Kania bat die Bürgermeister des Landkreises nach seiner Wahl im Großen Saal des Saalfelder Bürger- und Behördenhaus um Einigkeit. „Wir müssen uns einiger äußerer Einflüsse erwehren“, erklärte Kania, „da ist es gut, wenn wir zusammenhalten.“

Eine nicht ganz einheitliches Stimmungsbild zeichnete sich umgehend bei einem der drängenden Themen der Thüringer Kommunalpolitik ab, der Zukunft der Straßenausbaubeiträge von Anliegern. Das Thema brachte Ralf Rusch auf die Tagesordnung, der Geschäftsführer des Thüringer GStB. Rusch skizzierte kurz die Lage im Freistaat: Bis Mitte 2017 habe es eine Rechtslage in Thüringen gegeben, mit der die Kommunen und Bürger leben konnten. „Da hatten wir größtenteils Frieden.“ Es habe auch Extremfälle gegeben; doch der größte Teil der Bürger hätte ihre Straßenausbaubeiträge gezahlt. Dann habe die rot-rot-grüne Landesregierung „relativ

unbemerkt“ ein neues Gesetz verabschiedet, das es finanziell gut situierten Kommunen erlaubt, auf Anliegerbeiträge zu verzichten. Dazu Rusch: „Das ist eine ganz, ganz gefährliche Situation!“

Rusch sieht die Bürgermeister im Land bald in höchster Erklärungsnot. Können Kommunen nicht auf die Anliegerbeiträge verzichten, würden die Rathauschefs von den Betroffenen gefragt: „Hast Du schlecht gewirtschaftet?“ Es könne zu absurden Situationen kommen, etwa, wenn Kommunen eine Zeit lang auf die Anliegerbeiträge verzichten können; dann aber aufgrund einer Haushaltsnot plötzlich doch wieder von der Kommunalaufsicht gezwungen werden, eine Anliegerabgabe für eine Straßensanierung zu kassieren. Da könne der Abschnitt A einer Straße ohne Anliegerbeiträge saniert werden; beim Abschnitt B müssten die Anlieger wieder zahlen nach dem Motto „ab Hausnummer 75 gibt es wieder Beiträge“.

Rusch weiter: „Wir sehen schwarze Wolken am Himmel.“ Kommunen, die keine Beiträge erheben, können schnell in den Ruf kommen, „denen geht es gut, die brauchen nix“ – etwa wenn es um Zuweisungen oder Fördermittel gehe. Die Frage sei nun, so der GStB-Geschäftsführer: Sollen die Anliegerbeiträge daher abgeschafft werden?

Andrea Wende, Bürgermeisterin von Unterwellenborn, findet das nicht: „Die Leute haben sich daran gewöhnt.“ Außerdem habe Unterwellenborn extra dafür Mitarbeiter „fit gemacht“, diese Beiträge zu erheben, nachdem die Gemeinde 2012 durch die damalige CDU-Regierung dazu „gezwungen“ worden war. Auch sei der Anliegeranteil von 25 Prozent der Baukosten moderat. Rusch reagierte mit Blick auf das neue Kommunalabgabengesetz so: „Das ist im Grunde Vergangenheit.“ Die neuen Probleme werden kommen. Allerdings, an die Adresse von Andrea Wende: „Wenn Sie ab 2019 weiter durchsetzen, die Beiträge zu nehmen, ist das eine Möglichkeit.“

Für Saalfelds Bürgermeister Kania indes erscheint das keine Möglichkeit. „Die Saalfelder haben sich nicht daran gewöhnt.“ Es gäbe Extremfälle. So müsse ein Anlieger über 40 000 Euro bezahlen. „Das ist existenzgefährdend“, sagte Kania. Die Situation ab 1. Januar 2019 könne Saalfeld „niemals aushalten“. Aus diesem Grund plädiert der Saalfelder Rathauschef für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. „Man sollte sie abschaffen“, sagte Kania, „das wäre die sauberste Lösung“. Zudem sollte von der Landesregierung eine hohe Kompensation gefordert werden.

Guido Berg / 11.07.18

ZoR0152589560